



An den
Stadtpräsidenten
Herrn Friedrich Wilhelm Strohdieck
Großflecken 59
24534 Neumünster

0169/2013/An

Neumünster, 02.02.15

E, 3.2.15

Dringlichkeitsantrag zur vorgezogenen Schaffung von Stellen im FD ASD

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

bitte setzen Sie bitte folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 10.02.2015.

Mit freundlichem Gruß

E. Hartmann

Esther Hartmann und Fraktion

Dringlichkeitsantrag:

Die Ratsversammlung möge beschliessen, die Schaffung und Freigabe der 3 Planstellen beim FD ASD, die laut Vorlage

Drucksache 0884/2013 DS vom 25.07.2013

Beschluss durch die Ratsversammlung vom 27.08.2013

vorgesehen sind, werden sofort oder hilfsweise zum nächst möglichen Zeitpunkt vorgezogen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die anfallenden Personalkosten beim Land Schleswig-Holstein geltend zu machen sind und diese dann gegebenenfalls zu beantragen.

Begründung der Dringlichkeit:

Uns ist zur Kenntnis gelangt, dass die exorbitante Zunahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge die Personalressourcen beim ASD bindet. Es soll unseres



wissens vermehrt zu Überlastungsanzeigen gekommen sein. Dieser Zustand ist nicht vertretbar und dem ist sofort abzuhelpfen. Die aktuellen Zahlen belegen dies deutlich.

Stand zum 26.01.2015

Oktober 2014 = ca. 195 Jugendliche

Ende 2014 = ca. 250 Jugendliche

bis zum 26.01.2015 schon 36 Jugendliche.

Begründung:

In dem Qualitätshandbuch für die Bezirkssozialarbeit im FD ASD von 2013 ist genau definiert welche zeitliche Ressourcen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge benötigt werden. Mit dem vorhandenen Personal ist diese Arbeit nicht mehr zu bewältigen.

Das tägliche Geschäft wird blockiert und den gesetzlichen Erfordernissen kann kaum noch Rechnung getragen werden. Das Arbeitsaufkommen darf weder zur Überlastung der Mitarbeiter führen, noch dürfen Vorgänge unbearbeitet bleiben. Das Kerngeschäft bestehend aus Pflicht- und Standardaufgaben muss im Interesse Aller wieder zeit- und qualitätsgerecht erbracht werden können. Von daher sind wir der Auffassung, dass die sowieso geplanten Stellen sofort einzurichten sind.

Desweiteren sehen wir das Land Schleswig-Holstein hier in der Pflicht die finanziellen Auswirkungen zu tragen, da der jetzige unhaltbare Zustand eindeutig auf die der Stadt übertragenen Aufgaben zur Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge beruht.

Es ist unser Anliegen allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Betreuung zukommen zu lassen. dafür hat zum einen ausreichend Personal vorhanden zu sein, zum anderen darf das Personal nicht ständig überlastet sein.